

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis monatlich 10 Pf.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 3. August 1924

Verlag: Berlin G. 2, Breitenf. 89 IV.
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Erinnert Euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Blickt zehn Jahre zurück! Erinnert Euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo Ihr noch nicht wußtet, was ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt. Erinnert Euch an die Begeisterung für den Krieg, die in jenen Tagen die Massen ergriff. Erinnert Euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geführt wurde.

Nach einem Menschenalter Frieden in Nord-, West- und Mitteleuropa begriffen die Massen zunächst gar nicht, was ihnen drohte. Überall glaubten sie ihren Zeitungen, daß ihr Land das angegriffene sei, überall operierten die Generalfüßler mit der Entflammung des Solidaritätsgefühls zur Verteidigung. Aber darüber hinaus erschien der Krieg als ein neues großes Erlebnis und nur zu gern glaubten die Menschen den Lügenmärchen, daß er ein Helfer in allen ihren Nöten sein könne. Aus dem Krieg sollte Glück und Wohlstand hervorgehen, ja sogar die Abnahme der Arbeitslosigkeit wage man zu prophezeien. Erinnert Euch an Eure Arbeitsbrüder, die damals von der Welle des Hurratriotismus mitgerissen wurden und prüft Euch im stillen Kämmerlein, ob Ihr nicht selbst zu denen gehört habt, die dem Kriegsaufbruch erlegen sind.

Nicht um Euch zu tadeln, nicht um Euch zu kränken erinnern wir Euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um Euch zu fragen, ob sich unheilvolles Mißverständnis noch einmal vorkommen darf.

Die Wirklichkeit des Krieges hat den Menschen bald die Augen geöffnet. Wo der blutgierige Rocco seinen Fuß hinsetzte, da war es vorbei mit der Begeisterung, da erfüllte lähmendes Entsetzen das Volk, da hörte man Wehklagen, da gab es Leiden und Not von nie gekannter Härte. Und wie am Lande so zur See tobte die Zerstörungswut, hieß der Tod Ernte gleichermaßen unter kämpfenden Soldaten und nichtkämpfender Zivilbevölkerung. Hunderttausende bedeckten die Schlachtfelder, sandten den Tod in den Meeren; immer gefährlicher wurde die Geißel der Seuchen. Ganz Europa nagle am Hungertuch.

Erinnert Euch an das, was war! Und antwortet auf die Frage: Darf sich verbrecherischer Wahnsinn noch einmal geschehen?

Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen Krüppel leben unter uns; Millionen Kinder werden ihr Lebenlang den Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen darben und hungern. Noch sind die Ruinen nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gang; noch sieht jeder, der leben will, die Verheerungen des Krieges.

Aber schon wagen sich die Kriegsbeher wieder hervor.

Sie spekulieren auf die Bergesglücklichkeit der Menschen.

Aber das Gefühl des Abscheus vor dem Krieg genügt nicht, die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen.

Und deshalb genügt es auch nicht, die Verbrecher, deren Schuld in ihren eigenen amtlichen Dokumenten zweifelsfrei festgestellt ist, zu verfluchen, sondern wir müssen eine Weltordnung beseitigen, die immer wieder Kriegsbrecher erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Im Krieg verkündete man, daß sein Ergebnis der Völkerverbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Bewirkung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerverbund alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verständigung unbenützt und unverzucht lassen. Aber wir wissen: das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegsgefeinnung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte, wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerverbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalstreik vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, solange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Physische Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewusste Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blinden Werkzeugen der Kriegsinteressen machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerscheinung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können.

Daher gibt es keinen anderen Weg als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir Euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

Denkt Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem auch Ihr Jugendgenossen an Eure große geschichtliche Aufgabe, und gelobt, daß Ihr nicht erlahmen wollt im

Krieg gegen den Krieg!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam).
Die Sozialistische Arbeiterinternationale (London).
Die Sozialistische Jugendinternationale (Berlin).

Zum Dawes-Gutachten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben vor einiger Zeit einen Ausschuss eingesetzt, der untersuchen sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens (Dawes-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis wird in einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bei der Unternehmung der Frage: Annehmen oder Ablehnen ist der Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entschickung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dawes-Gutachtens bedeutet nicht, sich den Reparationsleistungen entziehen zu können, sondern bedeutet im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Daß es so weit gekommen ist, verdankt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verhindert und dadurch das Ruhrabenteuer heraufbeschworen. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Befehle vorausgesehen. Sie hat sie nicht vermieden, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand, Zahlung oder Befehlung, hat sie bewußt sich für die zweite Lösung entschieden. Sinnes leierte die Begründung dafür: „Ich muß belonen“, sagte er, „daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen.“

Nachdem sich diese Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die Deutschen Schwerindustriellen durch die Ricum-Verträge zu Erfüllungspolitikern. Noch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Aber all das tun sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Zehne bezahlen.

Man täusche sich nicht. Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung. Deshalb die Weigerung, das Washingtoner Achtstundentagabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch niedrige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhaupt durch Abbau der Sozialpolitik.

Der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß das Dawes-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das laufende Einkommensteuerverfahren wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der bestehenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dawes-Gutachten sagt darüber: „Man kann zuverlässig sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als dem ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last davongekommen sind; daher haben wir es der deutschen Regierung zur erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angesichts der zugegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerlast neu auf Goldbasis festsetzen sollte.“

Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Marx-Streife-

mann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationspolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben. Was ergibt sich daraus? Das Dawes-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Diese innere Freiheit der Entscheidung bedeutet, daß die Lastenverteilung sowohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann.

Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dawes-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteilungsschrift: „Feste Mark — Solide Wirtschaft“ erklärt er: „Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerste mögliche Grenze vorgetrieben ist.“ Daraus zieht er den Schluß, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern zu stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlußfolgerungen sind klar: Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, d. h. für eine entsprechende Heranziehung des Besitzes gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, der Verabschiedung der Gesetze auf Grund des Dawes-Gutachtens stillschweigend zuzusehen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerblock auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vornehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Orientierung unserer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik. Fritz Schröder.

Entscheidungen zu unseren Reichstarrifverträgen.

Kartonnagenindustrie.

Am 28. Juni haben zwischen unseren Vertretern und dem Verband Deutscher Kartonnagenfabrikanten in Leipzig Lohnverhandlungen stattgefunden, die leider wieder einmal zu keinem Ergebnis führten.

Von unseren Kollegen war vorgeschlagen worden, in Rücksicht darauf, daß die jetzigen Löhne der Kartonnagenindustrie gegenüber den Löhnen der anderen verwandten Industrien zurückgeblieben sind, den Spitzenlohn auf 65 Pf. pro Stunde festzusetzen und dann weiter die Erreichung der übrigen Lohnsätze auf Grund der Spannung vorzunehmen, wie sie am 10. Mai in Heidelberg vereinbart worden war.

Die Vertreter unseres Verbandes wiesen mit großem Nachdruck darauf hin, daß eine Änderung des Lohns tarifes geboten sei, da das dauernde Nachhinken der Kartonnagenlöhne gegenüber den der verwandten Berufe für uns unerträglich geworden wäre. Sie verwiesen weiter darauf, daß die Lebenshaltungskosten in der letzten Zeit sich in auffälliger Linie bewegten und daß an sich der derzeitige Lohn in keinem gesunden Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stände. Man erklärte den Arbeitgebern, daß ihre fortwährenden Klagen über die ungünstige Geschäftslage der Industrie der tatsächlichen Berechtigung entbehren, denn es lässe sich an sehr vielen Vorkommnissen erkennen, daß es zahlreichen Arbeitgebern noch recht gut ginge. Es könne deshalb keine Rede davon sein, daß eine so geringe Erhöhung der Lohnsätze von den Unternehmern nicht getragen werden könne. Wenn man auch heute nicht bereit sei, die unzureichenden Löhne zu erhöhen, so zeige das lediglich, daß man nicht das genügende Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft aufzubringen vermöge.

Von Arbeitgeberseite wurde erklärt, daß auch diesmal von einer Erhöhung der Löhne keine Rede sein könne, denn die Lage der Industrie habe sich in den letzten Wochen nicht verbessert, sondern es sei weiter eine getadete katastrophale Verschlechterung eingetreten. Die Betriebe hätten zahlreiche Ent-

lassungen vornehmen müssen und das noch verbleibende Personal könne nur durch Kurzarbeit gehalten werden. Die Kalkulationen müßten heute in einer Weise gemacht werden, daß in sehr vielen Fällen von irgendwelchem Nutzen für den Unternehmer gar keine Rede sein könne, vielfach sogar mit einem erheblichen Verlust gearbeitet werden müsse. Es könne auch keine Rede davon sein, daß man eine neue Lohn-tabelle errechne auf Grund der Heidelberger Spannung, denn auch diese bedeute eine generelle Lohn-erhöhung, die einfach nicht zu tragen sei. Uebrigens sei es ja auch so, daß unsere Löhne keineswegs an letzter Stelle ständen, sondern in sehr zahlreichen Fällen wären die Löhne der Textil-, der Holz- und der Metallindustrie erheblich tiefer als die unserigen. An zahlreichen Plätzen des Reiches seien die heutigen Löhne sehr erheblich über dem Stand der Vorkriegs-zeit und das allein schon rechtfertige, angesichts der großen Notlage der Industrie, im gegenwärtigen Augenblick eine Veränderung bzw. Erhöhung der Löhne nicht vorzunehmen. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes fordern mit allem Nachdruck den Abbau der Löhne um 10 Proz. und es sei deswegen an der Zeit, daß man von Arbeitnehmerseite Verständnis zeige für die derzeitige Lage im Gewerbe.

Nach mehrstündigen Verhandlungen mußten unsere Vertreter erkennen, daß auf dem Wege der Verhandlung eine Vereinbarung nicht möglich sei. Die anwesenden Vertreter des Tarifausschusses entschieden sich deshalb dafür, daß man das Reichsarbeitsministerium zur Fällung eines Schiedspruches anrufen solle. Der Termin, an dem im Reichsarbeitsministerium der Lohnstreit verhandelt werden wird, ist für Ende dieser Woche in Aussicht gestellt.

Alle Gau- und Ortsverwaltungen bitten wir von Vorstehendem Kenntnis zu nehmen, da wir diesmal eine besondere Benachrichtigung durch Rundschreiben unterlassen.

Wir hören, daß in bezug auf die Prozentzuschläge für das Vorkommen bei der letzten Revision des Tarif-tarifs Unklarheit entstanden ist. Wir verweisen deswegen noch einmal darauf, daß festgelegt wurde:

„Es sollen bei den Abteilungen 19, 22, 23, 24 für die Formate 1 bis 14 15 Proz. Zuschlag und bei denselben Abteilungen für die Formate 15 bis 24 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden.“

Kampfanfrage der Unternehmer.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an die Reichsregierung über die Gefahr der Wirtschaftskrise für die notleidende Bevölkerung, über die wir in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ eingehend berichteten, hat den Gewerkschaften eine scharfe Kampfanfrage von seiten der Arbeiterorganisation gebracht. Namens der letzteren zieht insbesondere der Geh. Kommerzienrat Dr. Ernst v. Borjig gegen uns scharf zu Felde. In der Nr. 12 „Der Arbeitgeber“ richtet er unter der Stichmarke „Wirtschaftsliche Einsicht“ ein offenes Wort an die deutschen Gewerkschaften. Zum Schluß stellt er, nachdem er der gewerkschaftlichen Taktik Produktionsbrotage in die Schuhe schiebt, folgende Fragen: „Was ist dann ferner die von den Arbeitgebern seit Jahren vergeblich belämpfte Schematisierung der Tarif- und Schlichtungs-politik in ihrer Auswirkung denn anders als wie eine Produktionsdrohung, wie eine unnatürliche Ueber-spannung organisatorischen Einflusses auf wirtschaftliche und individuelle Verhältnisse? Können uns die deutschen Gewerkschaften nach all den eingehenden Auseinandersetzungen über Tarifverträge und Schlichtungsweisen in dem letzten Halbjahr wirklich keine andere Antwort geben als die erwähnte Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Ich frage ausdrücklich: Stehen die deutschen Gewerkschaften, steht vor allem auch der Deutsche Allgemeine Gewerkschafts-bund hinter dieser Interpellation, von der er wissen muß, daß sie in ihrer Kritik der in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verfolgten Politik von längst widerlegten und erneut ent-stellt wiedergegebenen Voraussetzungen ausgeht, und glauben sie, die hier geschilderten Tatsachen vor Augen haben, denn wirklich noch im Ernst, es könnte durch solche Schritte, durch solche Betrachtung der Dinge der soziale Frieden hergestellt und das deutsche Volk gerettet werden?“

Wird dies bejaht, so stehen die deut-schen Arbeitgeber m. E. vor einem ent-scheidenden Abschnitt in ihrer Stel-lungnahme zu den Gewerkschaften. Sie haben dann allen Anlaß, sich mit den Mängeln der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu befassen. Ken-dern die Gewerkschaften nicht auch ihre Betrachtungs-weise über die sachlichen Wirtschaftsfragen und suchen sie keine Verständigung mit uns auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und mit dem Ziel nationaler Wirtschaftsfreiheit und nationaler Wirtschaftsauf-stiegs, dann haben wir deutschen Arbeitgeber kaum noch etwas mit ihnen zu verhandeln.“

Es ist selbstverständlich, daß sowohl diese wie die weiteren Drohungen der Arbeitgeber die Gewerkschaften nicht hindern werden, sich voll und ganz zu der genannten Interpellation zu bekennen und sie nach vollen Kräften zu unterstützen. Denn der Not der arbeitenden Bevölkerung nach Möglichkeit zu steuern, ist ihre erste und vornehmste Pflicht. Hieran wird sie sich auch nicht durch die scharfmacherischen Drohungen beirren lassen.

Amsterdam und Moskau.

Bekanntlich hat der vorjährige internationale Gewerkschaftskongress in Wien auf Veranlassung der englischen Delegation in einer Resolution dem Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes empfohlen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statutenbestimmungen des IGB. herbeizuführen. Nach einer vorausgegangenen Vorstandssitzung, die sich mit dieser Resolution beschäftigte, hat das Bureau des IGB. unter dem 16. Juli sich erneut an die Moskauer RSD. in diesem Sinne gewandt und im Falle der Zustimmung zu einer Einigungsverhandlung um die Entsendung einer Delegation des All-russischen Gewerkschaftsrates erucht.

Nach den Verhandlungen des letzten stattge-junden russischen Gewerkschaftskongresses dürften diese Bemühungen wohl aber aussichtslos sein. Dies zeigt auch ein Bericht der „Roten Fahne“ über die Zentral-ausschussung der RPD. vom 19. Juli. Es heißt in demselben wörtlich:

„Die Fragestellung einer Revision unseres Verhältnisses zu den Amsterdamer Ge-werkschaften datiert vom letzten Kongress der Amsterdamer in Wien. Dort hat die englische De-legation eine energische Haltung für die Zulassung der russischen Gewerkschaften eingenommen und den Drang nach einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung bekundet. Dies war der Anlaß, daß einige führende Genossen der Profintern zu der Ansicht gelangten, einen offenen Brief an die Amsterdamer zu richten, ob sie bereit wären, auf dieser oder jener Grundlage eine organisatorische Einigung herbeizuführen. Wir haben uns gegen diese Epigenei-nigungsversuche energisch gewandt und erreicht, daß dieser Brief nicht ge-schrieben wurde. Die vorgesehene Taktik kann meines Erachtens, und ich glaube, auch der Zentralaus-schuss schließt sich dieser Auffassung an, nichts anderes sein, als der Versuch, den Reiz zwi-schen die englische Gewerkschaftsoppo-sition und den Amsterdamer weiter-zutreiben sowie die Differenzen im Lager der Amsterdamer zu vergrößern. Wer jedoch aus der taktischen Manövrierfähigkeit der Komintern eine Rückkehr zur alten Politik machen will, zur Behandlung der Einheitsfront durch Epigen-verhandlungen von oben, der wird auf Granit stoßen.“

Dabei hat der Moskauer Weltkongress am 7. Juli zur Gewerkschaftsfrage eine Resolution an-genommen, die wörtlich lautet:

„Der Weltkongress stellt fest, daß die Haltung Schuhmachers und Genossen den Weltkongressbe-schlüssen zuwiderläuft. Die Entschaffung der Austrittsbewegung war revolutio-när schädigend, weshalb sie der Kon-gress verurteilt. Der Weltkongress fordert die Arbeiter aus, in die Ge-werkschaften zurückzukehren, da die Ge-werkschaften Sammelbeden aller Werttätigen sind und ein Verlassen derselben Desertion bedeutet.“

Man predigt ja von kommunistischer Seite so viel die „Einheitsfront der Arbeiterschaft“, daß manche vielleicht auch diese Resolution tatsächlich ernst ge-

nommen haben. Aber dieselbe „rote Fahne“ bewegt sich bald nach Bekanntgabe derselben, die Öffentlichkeit dahin aufzuklären, daß nur die einzelnen ausgegrenzten kommunistischen Arbeiter den Amsterdamer Gewerkschaften sich wieder anschließen sollten, um dort als fernstehende Zellen von neuem zu wirken. Dagegen sollen die kommunistischen Gewerkschaften, die sich hier von den unfernen abgeplittert haben, auch jetzt noch als Ganzes erhalten bleiben.

Nach dieser zwiespältigen Haltung der kommunistischen Zentrale, die sich dem sonstigen Verhalten der A.P.D.-Führer würdig anschließt, braucht man wirklich kein Prophet zu sein, um schon jetzt den Amsterdamer Einigungsversuch als aussichtslos zu betrachten.

Die Preisbildung des Bucheinbandes.

Unter dieser Ueberschrift druckt der „Allgemeine Anzeiger für Buchbindereien“ in der Nr. 29 eine Notiz aus den „Mitteilungen des Verbandes Deutscher Buchbindermeister“ ab.

Dort wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen die, oder wenigstens viele, Verleger Aufträge erteilen. Soll ein bestimmtes Buch um 10 Goldmark verkauft werden, dann sollen die Herstellungskosten, als da sind Papier, Druck und Einband, nicht mehr als 1 Goldmark kosten. Die einzelnen Buchbindereien werden vom Verleger gegeneinander ausgespielt, und zum Schluß wird derjenige mit dem Auftrag „glücklich gemacht“, dessen Kalkulation so um die Verfallgrenze herumspingt.

Früher schon hat einmal ein Artikelschreiber in den „Mitteilungen des V.D.B.“ dargelegt, daß die Großbuchbindereien eine Monopolstellung einnehmen; da heute die Errichtung einer gut eingerichteten Buchbinderei nahezu unmöglich sei, daß die Buchbindermeister diese Monopolstellung aber nicht auszunützen verständen. Jeder Schuster und Schneider verstände das weit besser, wisse Preise zu halten, die Buchbindereien aber nicht. Diese Selbstcharakterisierung wollen wir hier nicht weiter kommentieren.

Wenn dann aber weiter unten der Nachweis zu führen versucht wird, daß die Preisbildung entgegen den Behauptungen der Verleger sehr übersichtlich sei, und wenn zum Beweis dafür gewisse Zahlen veröffentlicht und auch nicht veröffentlicht werden, so ist das für uns schon interessanter. Es werden danebeneinandergestellt die Preise verschiedener Materialien im März 1914 und im April 1924 und dabei folgendes festgestellt:

Es kosteten	im März 1914 in Mt.	im April 1924 in Mt.	Steigerung
Kaliko	0,45	1,07	138 Proz.
Runstleder	0,70	1,53	118 "
Leinen	0,90	2,35	161 "
Heftzwirn 2 f. 18	3,—	12,10	300 "
Heftzwirn 2 f. 60	4,90	21,—	328 "
Schafleder	2,25	6,—	166 "
Saffian dunkel	8,—	22,—	175 "

So oder ähnlich sei es auch mit allen anderen Materialien. Dann heißt es weiter: Die Lohnbildung ist in unserem Gewerbe ebenfalls keine Geheimwissenschaft. Stimmt. Eben deshalb wäre es doch auch recht interessant gewesen, die hier in Frage kommenden Zahlen nicht schämig zu verschweigen, sondern sie den Materialpreisen gegenüberzustellen. Das ist aber nicht geschehen. Leider. Es hätte sich dann nämlich gezeigt, was es mit den angeblich viel zu hohen Löhnen, die kaum mehr tragbar sind und die die Verleger angeblich abhalten, Aufträge zu erteilen, auf sich hat. Da der V.D.B. die Feststellung unterlassen hat, wollen wir das Verbumnis nachholen. In Stuttgart z. B. einer maßgebenden Buchstadt, betrug der tarifliche Höchstlohn eines Buchbinders: 1914: in 52 1/2 Stb. = 28,35 Mt.; 1924: in 52 1/2 Stb. = 59,2 Pf. = 31,08 Mt.; Steigerung 9,6 Proz. Die Preise der im einzelnen aufgeführten Materialien sind im Durchschnitt also um 198 Proz., der Lohn um nicht ganz 10 Proz. gestiegen. Wobei in Betracht zu ziehen ist, daß nach Abzug der jeweiligen Steuern und sozialen Abgaben der dem Arbeitnehmer in die Hand gedrückte Verdienst noch kleiner ist als 1914, eine Lohnsteigerung also ganz in Wegfall kommt.

Wie es also in Wirklichkeit mit den viel zu hohen Löhnen steht, erhellt aus den angeführten Zahlen.

Wenn der V.D.B. von den Verlegern mit Recht mehr Verständnis bei Beurteilung des Problems der

Preisbildung wünscht, so können wir mit noch viel größerem Recht von den Buchbindermeistern — und nicht nur von diesen, denn die Dinge liegen überall ähnlich — auch mehr Verständnis bei der Beurteilung des Problems der Lohnbildung verlangen. Gleiches Recht für alle!

Quousque tandem?

(Wie lange noch?)

Zawohl, — wie lange noch — wird sich eine Arbeitgebergruppe einen derartigen Mann mit derartig beschränkter sozialer und wirtschaftlicher Einstellung als Berater gefallen lassen.

In Nr. 8 der „Mittelg.“ des V.D.B.“ vom 1. 8. 24 orakelt nämlich der Leitartikler über den Begriff „Arbeitgeberfeele“ und „Unternehmerfeele“, und kommt zu dem in heutigen kapitalistischen Wirtschaftsprozess ganz natürlichen Schluß, daß die „Unternehmerfeele“ über die „Arbeitgeberfeele“ siegt, weil dies Profit bedeute. Diese Profitgier treibe aber die „Unternehmerfeele“ dazu, höhere Löhne den Arbeitern zu zahlen, als die „Arbeitgeberfeele“ verantworten könne.

Die „Unternehmerfeele“ hat auch Verständnis für qualifizierte Arbeiterinnen und behauptet, daß eine Arbeiterin der Voigtländischen Bekleidungsindustrie pro Stunde 1,50 Mt. Lohn erhält. Das paßt dem Artikelschreiber nicht in den Kram. Diese Voigtländische Konjunktur-„Unternehmerfeele“ weiß sicher, warum sie dieser Arbeiterin einen besonders guten Lohn gibt. Der Artikelschreiber hat aber scheinbar keine Ahnung. Ist es da nicht besser, er betragt sich mal bei seinem Vorstand, warum dies geschieht? Aber nein, er weiß es ja. Selbst im Buchbindergewerbe soll es vorkommen, daß es hier und da „Arbeitgeberfeelen“ gibt, die einige Pfennige mehr Lohn zahlen, als durch zentrale Abmachungen festgelegt wurde. Aber selbst dann weiß doch jede „Arbeitgeberfeele“, wenn ihm auch keine „Unternehmerfeele“ innewohnt, warum er einem qualifizierten Buchbinder oder Buchbindereiarbeiterin einige Pfennige mehr Lohn pro Stunde zahlt, als er eigentlich müßte. Dieser Arbeitgeber, welcher vernünftig und gerecht urteilt und die qualitativ besser geleistete Arbeit etwas höher bezahlt als dem Durchschnittsarbeiter, hat doch sicher ein Interesse daran (steht auch nicht im Widerspruch zu den tariflichen Abmachungen, daß für bessere Arbeit auch höherer Lohn zu zahlen ist), woher er dies tut.

Nach Ansicht des Artikelschreibers ist aber diese vernünftige Art der Besserbezahlung ein Verbrechen. Er schreibt wörtlich: „Ein derartiges Vorgehen kann nicht genügend gebremst werden, da es letzten Endes nur eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus nach sich ziehen kann.“ Der Arbeitgeber muß noch viel lernen. Wer aber soll den Arbeitgebern, die dem einfachen Gebot der Stunde nicht nachkommen, ein „Quousque“ zurufen?

Einem derartig beschränkten Stribitzig gegenüber können wir diesen Arbeitgebern allerdings zurufen: „Wie lange noch werdet ihr euch diesen Blödsinn gefallen lassen?“

Quousque tandem? —le.

Die Beitrags- und Finanzfrage.

Die öffentliche Behandlung der Beitragsfrage in der „B.-Z.“ vor der Entscheidung durch die dazu berufenen Instanzen ist eine sehr erfreuliche Erscheinung. Der Meinungsaustausch kann manchen guten Gedanken bringen und nach der praktischen Seite geprüft werden. Bei der Behandlung dieser Frage muß das Motto gleichsam lauten: „Wie dienen wir der Organisation und damit der Mitgliedern am besten.“ Wollen wir durch eine Beitragserhöhung die Möglichkeit schaffen, daß die Verbandskasse in die Lage versetzt wird, den kommenden Anforderungen Rechnung tragen zu können, so müssen wir uns hüten, kleinmütig an die Behandlung dieser Frage heranzutreten. Vornherin, wie es der Kollege Büttner getan hat, jede Beitragserhöhung zu verwerfen, läßt den notwendigen Weitblick vermissen. Aber Kollege Müßle überpannt mit seiner Auffassung wieder den Bogen, daß eine Beitragserhöhung von 50 Proz. für die unteren Klassen und 100 Proz. für die oberen Klassen angebracht sei.

Daß wir mit den gegenwärtigen Beiträgen nicht länger durchkommen

können, dürfte den einsichtigen Mitgliedern klar sein.

Die „Streitfrage“ dürfte nur die sein, in welchem Ausmaße soll die kommende Beitragshöhe geregelt werden. Ich verrete die Auffassung, daß mit Wirkung ab 40. Woche d. J. eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Beitragserhöhung einseßen soll.

Wenn man z. B. die 1. Klasse mit 5 Pf. neu belegt, die 2. Klasse ausschleidet, die bisherige 3. und 4. Klasse als 2. bzw. 3. benennt und diese beiden Klassen mit 10 Pf. erhöht, so wäre nach meiner Ansicht ein nicht zu verkennender Fortschritt erzielt, der auch tragbar wäre. Warum nun die 1. Klasse, im Gegensatz zu dem Vorschlag des „veritas“-Artiklers, belassen? Für die ganz jungen Kolleginnen mit ihren sehr niedrigen Verdiensten muß ein Beitrag gelten, der im Vergleich zu den oberen Verdienstgruppen steht. In diese 1. Klasse sollten jedoch nur diejenigen Steuern dürfen, die den Anfangslohn haben. Die nunmehrige 2. Klasse sollte gelten für alle Kolleginnen, die noch keine 30 Pf. Stundenverdienst haben. Alle übrigen Kolleginnen sollten in der neuen 3. Klasse steuern. Auf diese Art werden die gering verdienenden Kolleginnen dementsprechend berücksichtigt. Für die Kollegen sollte nunmehr nur noch die neue 4. bzw. 5. Klasse zulässig sein, und zwar sollte die 4. Klasse hier nur als Ausnahme gelten für besonders geringen Lohn. Für die 4. und 5. Klasse 20 Pf. Erhöhung wäre tragbar. Die Festlegung von Verdienstgrenzen bei der kommenden Beitragserhöhung halte ich für geradezu unerlässlich, damit eine Handhabe gegeben ist, daß alle Mitglieder in die richtige Klasse steuern. Obgleich man dies ja auch örtlich regeln könnte, so sehe ich in der zentralen Festlegung gewisse Vorteile. Ferner halte ich es für mindestens gut, wenn gleichzeitig der Beschluß gefaßt wird, daß ein Uebertritt in eine niedrigere als die bisherige Klasse unzulässig ist.

Die bei jeder Beitragserhöhung vertretene Auffassung, daß man möglichst alle Unterstufungen, ausgenommen die Streit- und Gemafregelunterstufungen, aufheben soll, um dadurch für die Kampfzwecke mehr Mittel zu bekommen, ist an sich sehr schön; doch steht für mich außer Zweifel, daß das der Wille der überaus großen Zahl der Mitglieder nicht ist. Die gegenwärtig in Kraft befindlichen Unterstufungen müssen aufrechterhalten werden. Für diesen meinen Standpunkt ist maßgebend das unverkennbare Verlangen der Mitglieder danach. Wenige Ausnahmen müssen unberücksichtigt bleiben. Welche Unterstufungsarten sollen denn aufgehoben werden? Zur Debatte steht doch nur die Umzugs-, Hinterbliebenen- und Arbeitslosenunterstufung. Letztere wieder aufzuheben, wäre eine Rücksichtslosigkeit. Der Einwand, daß der Staat für diese Opfer zu sorgen habe, ist schon recht, aber wenn der Staat nicht genügend für die Arbeitslosen sorgt, so ist es recht und billig, wenn der Verband dazu beisteuert, um die Not etwas zu lindern. Der weitere Einwand, daß wir ja doch nicht in der Lage sind, den Arbeitslosen eine entsprechende Unterstufung zu geben, ist ebenfalls nicht stichhaltig. Wir müssen eben dafür sorgen, daß die Höhe und Dauer der Unterstufung eine Korrektur nach oben erfährt.

Ob Grund und Veranlassung besteht, die Umzugsunterstufung aufzuheben, bezweifle ich, zumal die Inanspruchnahme dieser Unterstufung uns doch nicht stark belastet.

Die Hinterbliebenenunterstufung kann doch fürwahr an der Finanzlage nicht viel ändern.

Lassen wir es also bei den gegenwärtigen Unterstufungsarten. Der zur Durchführung der Unterstufungen notwendige Apparat kann die Aufhebung auch nicht rechtfertigen, da demgegenüber stichhaltigere Gründe maßgebend sein müssen.

Bei der Regelung der kommenden Beiträge muß auch ernstlich geprüft werden, ob es denn noch nicht an der Zeit ist, das Obkuratorium der „B.-Z.“ wieder einzuführen. Was im Verbandsbeitrag bei der gegenwärtigen Regelung unberücksichtigt bleiben kann, erscheint doch im Lokalbeitrag, so daß es für die Verbandskasse und die Mitgliedschaft im Beitragszahlen gleich belassen dürfte.

Die Widerstände, die jede Beitragserhöhung mit sich bringt, werden überall dort überwunden, wo die Funktionäre einheitlich an der Aufklärung der Mitglieder mit arbeiten.

München.

Hedolf Müller.

Christliche Gewerkschaftler für die Zollvorlage!

Die von der Regierung vorgelegte Zollvorlage, die eine ganz enorme Verteuerung des Lebensunterhalts mit sich bringt, hat mit Recht in den Reihen der Arbeiterschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Um so mehr muß es überraschen, daß Führer der christlichen Gewerkschaften sich für die Zollvorlage erklärt haben. So hat der christliche Arbeiterführer Baltrusch anlässlich der von den freien Gewerkschaften mit der Regierung gepflogenen Aussprache über die Zolltarifgefahren sich entgegen den Vertretern der freien Gewerkschaften für die Zollvorlage ausgesprochen. Zwar rücken die christlichen Gewerkschaften von dieser zweifelhaften Arbeiterfreundlichkeit ihres Führers ab und erklären, daß die Darlegungen Baltruschs nur als persönliche Auffassung zu betrachten sind, doch dürfte das für die große Masse der christlichen Arbeiter ein verdammt schlechter Trost sein.

Uebrigens ist diese zwiespältige, ja arbeiterfeindliche Haltung christlicher Gewerkschaftsführer nicht weiter verwunderlich, wenn man hört, daß von den 35 christlichen Gewerkschaftsführern, die Reichstagsabgeordnete sind, nur 17 bei der Zentrumsfraktion zu finden sind, dagegen 11 den Deutschen Nationalen und 2 sogar den Deutschvölkischen sich angeschlossen haben. Ferner sind 2 Vertreter bei der Deutschen Volkspartei und 3 bei der Bayerischen Volkspartei.

Deshalb sagt das „Christliche Zentralblatt“ entschuldigend zu dem Betrat der Arbeiterinteressen:

„Die Gewählten sind natürlich auf das Programm ihrer Parteien gewählt worden und können die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht verantwortlich gemacht werden für die Stellungnahme dieser ihrer Mitglieder zu den einzelnen im Reichstage zur Entscheidung stehenden Fragen.“

Wir glauben jedoch, daß die Masse der christlichen Arbeiter wenig Verständnis dafür haben wird, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften nicht in dieser Eigenschaft ihre Interessen mit Füßen getreten haben, sondern nur als Vertreter der politischen Parteien so handelten.

Edison für den Vierstundentag.

Der berühmte amerikanische Erfinder Edison bestätigte vor kurzem, was andere schon früher gesagt haben, daß die industrielle Entwicklung eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit möglich macht. Er sagte u. a.: „Es wird eine Zeit kommen, wo automatische Maschinen in dem Umfang eingeführt sein werden, daß man nicht mehr als vier Stunden pro Tag zu arbeiten braucht. Viele glauben, daß dies nicht gut wäre. Der Durchschnittsmensch liebt den Mühsiggang im allgemeinen nicht. Vom Standpunkt der alten Leute aus wird es jedoch eine gute Sache sein. Denn wenn wir einmal so weit sind, brauchen alte Leute nicht mehr zu arbeiten. Die jungen können arbeiten und sind imstande, die Familie zu unterhalten.“ Das klingt anders als die von reaktionärer Seite erhobene Forderung auf Abschaffung des Achtstundentages.

Aus anderen Gewerkschaften.

Die in letzter Zeit gefällten Schiedssprüche der Schlichtungsinstanzen genügen manchem Unternehmer noch immer nicht. Durch entsprechende Eingaben an die in Frage kommenden Instanzen, Androhungen von Betriebsbeschränkungen und Entlassungen versuchen sie fortgesetzt einen Druck auf die Behörden und die Arbeiterschaft auszuüben. So hat sich jetzt der Verband Ostdeutscher Porzellanfabrikanten an das Reichsarbeitsministerium mit dem Gesuchen gewandt, die schiefsten Porzellanfabriken aus dem Reichslohntarif herauszunehmen, weil die letzten Lohnabmachungen für sie untragbar seien. Falls dem nicht stattgegeben wird, drohen sie mit Stilllegung der Betriebe und Entlassung von circa 8000 Arbeitern. Der Vorstand des Verbandes der Porzellanarbeiter nimmt in scharfer Weise dagegen Stellung und hat das Reichsarbeitsministerium auf das Anzutreffende der von den Unternehmern aufgestellten Behauptungen hingewiesen. Das Vorgehen der Unternehmer mutet um so sonderbarer an, weil sie hier die bekämpften Schiedssprüche seinerzeit ohne Vorbehalt und Einschränkung angenommen haben.

Im Baugewerbe hat der letzte Schiedsspruch vom 16. Juli zum Reichstarifvertrag für das Bau-

gewerbe die Arbeiterschaft in eine ungeheure Erregung versetzt, da nach demselben für die Zeit vom 16. Juli bis 15. Oktober die 52stündige Arbeitszeit vorgesehen ist. Der neue Tarif soll bis zum 31. März 1926 gelten. Obwohl die Erklärungsfrist bis zum 4. August läuft, ist schon jetzt jeder sich darüber klar, daß dieser Spruch abgelehnt wird.

Der Deutsche Baugewerksbund veröffentlicht jetzt die Anträge zum Verbandstag, die u. a. eine umfangreiche Neuregelung des Vertrags- und Unterstützungswesens in 19 Klassen vorsehen. Auch die Verschmelzungsfrage steht dabei insofern zur Debatte, daß dem Makerverband bei seinem eventuellen Uebertritt zugestanden werden soll, als Reichsachgrupppe alle 14 Tage eine Sachzeitsung herauszugeben.

Der Dachdeckerverband hat seine Beiträge so geregelt, daß er schon jetzt einer etwa nochmals kommenden Inflation gewachsen ist. Nach dem Durchschnittssystem, wie wir es während der Inflationsperiode hatten, erhebt er einen Stundenlohn als Wochenbeitrag. Stundenverdienst und Beiträge steigen von 5 zu 5 Pf., so daß unbegrenzte Beitragsklassen bestehen.

Auch der Verband der Maschinenisten und Heizer gibt jetzt die Anträge zum Verbandstag bekannt, die u. a. eine Neuregelung der Beiträge in fünf Klassen von 50 Pf. bis 1 Mk. vorsehen. Entsprechend den Beiträgen ist eine Erhöhung der Streit-, Erwerbslosen- und Krankenunterstützung vorgehoben. Von den sonstigen Anträgen ist noch erwähnenswert, daß sieben Anträge die Einführung bzw. den Ausbau der sachtechnischen Beilage betreffen.

Der Makerverband appelliert im Verbandsorgan eindringlich an seine Mitglieder, einen höheren

Am 2. August ist der 32. Wochenbeitrag für die Woche vom 3.—9. August fällig!

Beitrag zu zahlen, da die drohende Haltung des Unternehmers wie der notwendige Wiederaufbau der Unterstützungseinrichtungen dies dringend erfordern.

Der Holzarbeiterverband hat die Zeitdauer für die Zahlung der Extrabeiträge auf 5 Wochen festgelegt. Gleichzeitig hat der Vorstand grundsätzlich die Wiedereinführung der alten Unterstützungseinrichtungen in kürzester Frist beschlossen, die nach Lage der Finanzen möglich ist. Als Termin dafür ist der 1. Januar 1925 in Aussicht genommen.

Auch der Metallarbeiterverband hat beschlossen, die Streikunterstützung auf die im Statut festgelegte Höhe zu erhöhen. Der Zuschlag für die Frau und jedes der Fürsorge unterstehende Kind beträgt wöchentlich 60 Pf. Von der Streikunterstützung wird der Wochenbeitrag in Abzug gebracht. Für die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung konnte ein genauer Zeitpunkt noch nicht festgelegt werden; doch wurde beschlossen, sobald wie möglich 75 Proz. der im Statut festgelegten Höhe der Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

Im Verband der Sattler und Portefeuliker ist die Tarifbewegung in der Lederwarenindustrie für das Gebiet des Offenbacher Tarifvertrages beendet und der Vertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag gilt für das alte Vertragsgebiet mit Ausnahme des Gebietes, welches der bisherigen Bezirkslichtungskommission von Württemberg angeschlossen war. Neu angeschlossen ist Bayern und Württemberg. Dagegen ist Baden nicht mehr angeschlossen. Die Krise zeigt sich in diesem Beruf in starkem Maße. Nach den letzten Feststellungen waren 10 Proz. Arbeitslose und 21 Proz. Kurzarbeiter vorhanden.

Berichte.

Hamburg. Fortgesetzte Klagen von unseren Kollegen aus den Betrieben geben uns Veranlassung, die nach Hamburg zurückkehrenden Kollegen in ihrem eigenen Interesse dringend darum zu ersuchen, vor der Reise nach hier bzw. vor Annahme einer Stellung sich unbedingt erst an unser Verbandsbureau, Reichenberghof 57, um Auskunft zu wenden. Die jetzigen Verhältnisse am diesem Ort erfordern das ganz besonders, da die Zahl der Arbeitslosen hier ohnehin ziemlich groß ist und Differenzen in der Preisumschlagindustrie vor der Tür stehen.

Das Leipziger Buchmuseum

Neu, nach einer Mitteilung des Museumsdirektors Prof. Schramm, in Gefahr eingezogen, wenn es nicht von Sachinteressenten tatkräftig unterstützt wird. Das seit 1885 bestehende Museum bietet mit seiner reichhaltigen Sammlung ein wertvolles Studienmaterial und hat Sachinteressenten in der Zeit seines Bestehens zahlreiche unentgeltliche Auskünfte gegeben. Auch verfügt das Institut über eine reiche Bibliotheksammlung, die es mit wissenschaftlich durchgearbeiteten Beamtens des Museums den Interessententzen zu Vorträgen gern zur Verfügung stellt. Hoffentlich finden sich Mittel und Wege, um dieses für das gesamte Buchgewerbe so interessante Museum der Allgemeinheit zu erhalten.

Literarisches.

Eine Geschichte der Religionen von Bruno Sommer gibt die Verlagsanstalt für protestantische Freidenker, Dresden-K., Zinsendörfer Straße 20, heraus, dessen erster Teil in einer 96 Seiten starken Broschüre soeben erschienen ist. Das sehr interessante Buch verdient als Nützlich für den Bekämpfungskampf der Arbeiter die weiteste Verbreitung.

Sterbetafel.

- Im Monat Juli sind uns als verstorben gemeldet:
- Berlin. Georg Jurid, Buchbinder, 31 Jahre, Blutvergiftung.
 - Julius Wording, Buchbinder, 82 Jahre, Altersschwäche.
 - Franz Fabisch, Buchbinder, 57 Jahre.
 - Emil Kersten, Buchbinder, 66 Jahre, verunglückt.
 - Hermann Weißbrich, Präger, 63 Jahre, Schlaganfall.
 - Max Necoleng, Präger, 68 Jahre, Herzschlag.
 - Karl Sasse, Buchbinder, 39 Jahre.
 - Hermann Drescher, Buchbinder, Herzschlag.
 - Luise Nimzig, Buchbinderarbeiten, 43 Jahre, Lungenleiden.
 - Richard Paasche, Buchbinder, 54 Jahre, Lungentzündung.
 - Hermann Vibour, Buchbinder, 58 Jahre, Herzleiden.
 - Franz Marx, Kartonnagenarbeiter, 20 Jahre, Herzlappensehler.
 - Berta Schaffhausen, Lugsuspapierarbeiterin, 43 Jahre, Asthma.
 - Georg Resch, Buchbinder, 67 Jahre, Herzleiden.
 - Chemnitz. Ernst Zelle, Kartonnagenzuschneider, 38 Jahre, Herzschlag.
 - Dresden. Marie Behold, Papierwarenarbeiterin, 35 Jahre, Bauchfellentzündung.
 - Karlsruhe. Michael Stilling, Buchbinder, 47 Jahre, Nierenleiden.
- Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Wir richten hiermit an alle Gau- und Ortsverwaltungen die dringende Mahnung, die noch ausstehenden Abrechnungen vom 2. Quartal nun schnellstens einzusenden. Alle diejenigen Zahlstellen, von denen bis zum 11. August die Abrechnung nicht bei uns eingetroffen ist, werden in Nr. 33 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht.

2. Materialverzeichnis. Vom neuen Kartelltarif für die Kartonnagenindustrie sind allen Gau- und Ortsverwaltungen ein oder einige Exemplare für ihren eigenen Bedarf unentgeltlich zugesandt. Weitere Exemplare sind zum Preise von 25 Pf. das Stück (einschließlich Porto für Zusendung) von uns zu beziehen.

Wir bitten die Gau- und Ortsverwaltungen, für möglichst weitgehenden Vertrieb der Kartelltarife besorgt zu sein.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 29. Juli bei der Verbandskasse ein von:

- Berlin 12.457,13 Mk., Sorau 96,40 Mk., — Rostock 75,— Mk., Schwerin 160,— Mk., — Halberstadt 431,25 Mk., Quedlinburg,— Mk., — Gau Hannover 415,70 Mk., Braunschweig 953,80 Mk., Hannover 7543,80 Mk., — Gau Rheinland-Westfalen 15,20 Mk., Barmen-Elberfeld 1871,70 Mk., Solingen —,15 Mk., — Aachen 100,— Mk., Arefeld 151,15 Mk., Remscheid 82,90 Mk., Bielefeld 90,55 Mk., — Arnstadt 80,45 Mk., Eisenberg 1200,— Mk., Rudwig 50,50 Mk., Sonneberg 115,— Mk., — Branitz 134,30 Mk., Dresden 7979,75 Mk., Elmlich 130,52 Mk., Nieschau 400,— Mk., — Gau Württemberg und Baden 415,51 Mk., Karlsruhe 262,75 Mk., — Gau Nordbayern 14,15 Mk., Nürnberg-Fürth 4527,50 Mk.

Abesamänderungen.

- B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer.
- Arnstadt. B. u. K.: D. Ritter, Hülfemannstr. 14 11.
- Aue i. Gräb. B.: G. Lehmann.
- K.: D. Stroh, Oststr. 22.
- Alle Sendungen sind an den Kassierer zu richten.
- Göppingen. B. u. K.: G. Wiegling, Grabenstr. 34a.

Der Verbandsvorstand.